

**Gleichgeschlechtliche Familien**

# **Rechtskomitee LAMBDA kritisiert SPÖ-Vorschlag**

Kinder in Regenbogenfamilien haben Anspruch auf Rechtssicherheit

**Enttäuscht zeigt sich das Rechtskomitee LAMBDA (RKL), Österreichs Bürgerrechtsorganisation für homo- und bisexuelle Frauen und Männer, über die heute präsentierten Vorschläge der großen Oppositionspartei zur rechtlichen Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften.**

Nach den präsentierten Vorstellungen der SPÖ soll das Eheverbot für gleichgeschlechtliche Paare aufrecht bleiben. Stattdessen soll eine eingetragene Partnerschaft Gleichstellung im Wohn-, Erb-, Steuer- und Sozialrecht bringen, nicht aber für Kinder in Regenbogenfamilien. Bei den Rechten und Pflichten betreffend Kinder (Sorgerecht, Adoption) soll es auch nach der SPÖ künftig keine Gleichstellung geben. Lediglich "auf lange Sicht" könne man sich auch diesbezüglich eine Gleichstellung "vorstellen".

Das RKL betont, daß nur durch Aufhebung des Eheverbots und durch ausnahmslose Gleichstellung die Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften und der Regenbogenfamilien beendet wird. Ebenso wenig wie man ein bißchen schwanger oder ein bißchen tot sein kann, kann man ein bißchen gleich sein. Gleichbehandlung ist solange nicht verwirklicht solange es zweierlei Recht für zweierlei Gruppen von Menschen gibt.

Bislang habe noch keine einzige der Parlamentsparteien diese, in anderen Ländern bereits verwirklichte, Gleichbehandlung auch nur gefordert, zumal auch das grüne Modell einer Zivilpartnerschaft (ZIP) nicht gleiche Rechte und Pflichten bringt sondern neue Ungleichheiten schafft.

Gerade die Rechte und Pflichten hinsichtlich Kinder sind, vor allem für die betroffenen Kinder, ganz besonders dringend und wichtig.

## **Zehntausende Kinder in Regenbogenfamilien**

In Österreich wachsen zehntausende Kinder in lesbischen oder schwulen Lebensgemeinschaften auf. Lesbische und schwule Eltern tragen alleine oder in Partnerschaft Verantwortung für die Erziehung und das Wohlergehen ihrer Kinder. Doch noch immer sind diese Regenbogenfamilien Familien zweiter Klasse und werden rechtlich diskriminiert. Auch sie haben im Interesse der Kinder Anspruch auf Rechtssicherheit. Lesben und Schwule sind keine schlechteren Eltern als heterosexuelle Menschen, nur weil sie eine andere sexuelle Orientierung haben.

Insbesondere die fehlende Möglichkeit zur Stiefkindadoption (also des leiblichen Kindes des/der PartnerIn) entzieht den Kindern Versorgungsansprüche und sorgt für Unsicherheit. Das kann nicht im Interesse des Kindeswohls sein. Wir fordern vom Gesetzgeber ein gemeinsames Sorge- und Adoptionsrecht für lesbische und schwule Paare und eine umfassende steuer-, sozial-, erb- und namensrechtliche

Anerkennung von Regenbogenfamilien. Alles andere ist Diskriminierung und widerspricht unserer Rechtsordnung, die die Familie unter besonderen Schutz des Staates stellt.

Faktum ist, dass nicht nur die Eltern, sondern vor allem die Kinder, die in Regenbogenfamilien aufwachsen, schlechter gestellt sind als die Kinder, die in anderen Lebensgemeinschaften, etwa den traditionellen Ehen, aufwachsen. Diese massiv diskriminierende Ungleichbehandlung hat mit Rechtssicherheit, Chancengleichheit und einer dem Kindeswohl verpflichteten Familienpolitik herzlich wenig, mit Vorurteilen und mangelndem Realitätssinn aber sehr viel zu tun.

Das RKL ruft insb. die Oppositionsparteien dazu auf, nicht so zaghaft zu sein, Mut zu schöpfen und sich die spanischen Sozialisten zum Vorbild zu nehmen, die mit der Forderung nach Aufhebung des Eheverbots und vollständiger Gleichberechtigung, einen Wahlkampf geführt, diesen gewonnen haben und nun ihre Versprechen zügig umsetzen.

„Wir freuen uns natürlich über Initiativen zur Verbesserung unserer Situation“, sagt der Wiener Rechtsanwalt *Dr. Helmut Graupner*, Präsident der Homosexuellen-Bürgerrechtsorganisation *Rechtskomitee LAMBDA*, „daß aber bis heute noch keine einzige Partei imstande ist, die Gleichberechtigung für gleichgeschlechtliche Partnerschaften und Regenbogenfamilien auch nur zu fordern, zeigt wie rückständig unsere PolitikerInnen in diesen Belangen immer noch sind“.

*Das 1991 gegründete Rechtskomitee LAMBDA (RKL) arbeitet überparteilich und überkonfessionell für die umfassende Verwirklichung der Menschen- und Bürgerrechte gleichgeschlechtlich lebender Frauen und Männer. In seinem Kuratorium vereinigt es so prominente Mitglieder wie den SPÖ-Vorsitzenden Dr. Alfred Gusenbauer, Präs. NRObg. Peter Schieder, NRObg. Mag. Terezija Stoisits, den renommierten Kinder- und Jugendpsychiater Univ.-Prof. Dr. Max Friedrich und die Kinder- und JugendanwältInnen von Wien DSA Monika Pinterits und Dr. Anton Schmid, den Generalsekretär von Amnesty International Österreich Mag. Heinz Patzelt und die bekannten Menschenrechtsexperten Dr. Lilian Hofmeister und Univ.-Prof. Dr. Manfred Nowak, die Sexualwissenschaftler ao.Univ.-Prof. Dr. Josef Christian Aigner und Prof. Dr. Rotraud Perner, den Theologen Univ.-Prof. Dr. Kurt Lüthi, Günter Tolar u.v.a.m.*

Rückfragehinweis: 0676/3094737; 01/8766112, [office@RKLambda.at](mailto:office@RKLambda.at),  
[www.RKLambda.at](http://www.RKLambda.at)